

Die Hausbesitzer für die bürgerlichen Parteien. Eine stark besuchte Versammlung der Hausbesitzer Groß-Berlins tagte gestern im Jirkus Busch. Der Bundesvorsitzende, Stadtr. Bilsing, legte Verwahrung ein gegen die sozialdemokratische Behauptung, die Hausbesitzer zählten nicht zu den wertkräftigen Ständen. Die Sozialisierung des Hausbesitzes würde unbedingt zu einer Verteuerung der Mieten und schließlich zu einem Wohnungsmangel führen. Der frühere Landtagsabgeordnete Professor Bredt betonte, daß die Hausbesitzer von der neuen Regierung fordern müssen, daß sie die Sicherheit nach außen, die Ruhe und Ordnung im Innern, freie Betätigung für alle Stände und die Erhaltung des Privateigentums und der Privatwirtschaft gewährleisten. Für die Hausbesitzer gebe es nur eine Parole bei den Wahlen zur Nationalversammlung: „Für die bürgerlichen Parteien“ (Lebhafte Zustimmung.) Stadtr. Padendorf erklärte: „Die jetzigen Löhne und die jetzigen Materialpreise auf derselben Höhe bleiben oder noch weiter steigen, so würde eine Mietsteigerung von 50 v. H. nicht ausreichen. Der Bund der Berliner Grundbesitzervereine sei in Verhandlungen mit den Mieterorganisationen getreten, um einen einheitlichen Mietvertrag zustande zu bringen. Die Verhandlungen nähmen einen guten Fortgang.“ Stadtr. Handelsrichter Eilenberg milderte die Eingriffe der A. u. S.-Räte in die Rechte der Hausbesitzer, besonders in die Kündigungsfreiheit. Frau Betty Gehler versprach, daß die Hausbesitzerinnen von ihrem Stimmrecht zu Gunsten des Hausbesitzerstandes Gebrauch machen würden. Die Versammlung stimmte dann einer den Ausführungen der Redner entsprechenden Entschließung zu.